

Nachrichtenagentur APD
276/2017

Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: DBK/Kirchen/Nigeria/Christenverfolgung/Islam/Friedensarbeit



Bischof Matthew Kukah und Erzbischof Ludwig Schick beim Pressegespräch
© Foto: Holger Teubert/APD

Religionsfreiheit ein zentrales Menschenrecht

Zur Situation der Christen in Nigeria

Berlin, 30.11.2017/APD Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat am 29. November in Berlin eine Arbeitshilfe zur Situation der Christen in Nigeria vorgestellt. Die Publikation ist Teil der DBK-Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“.

Alle Verfolgten im Blick haben

„Die Religionsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht“, betonte Erzbischof Dr. Ludwig Schick (Bamberg), Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, bei einem Pressegespräch in Berlin. Dabei gelte es alle wegen ihres Glaubens Bedrängten und Verfolgten im Blick zu haben, nicht nur die Christen. Im Rahmen der seit 2003 durchgeführten Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit“ stelle die DBK jedes Jahr ein Land oder Gebiet in den Vordergrund. Im vergangenen Jahr waren dies die Arabische Halbinsel, Syrien und der Irak. In diesem Jahr gehe es um Nigeria.

Nigeria: ein zerrissenes Land

Nigeria sei mit rund 200 Millionen Einwohnern und mehr als 400 verschiedenen ethnischen Gruppen das bevölkerungsreichste und kulturell vielfältigste Land des

afrikanischen Kontinents, erläuterte Schick. Die Einwohner bekennen sich jeweils etwa zur Hälfte zum Christentum und zum Islam. Eine kleinere Bevölkerungsgruppe fühle sich weiterhin der traditionellen afrikanischen Religion verbunden. Während der Süden des Landes mit den dominierenden Völkern der Yoruba und Igbo mehrheitlich christlichen Konfessionen angehöre, sei im Norden des Landes, in dem die Ethnien der Hausa-Fulbe und Kanuri dominierten, der Islam vorherrschend. Regelmäßig komme es in der Region zu Attentaten, Entführungen und brutaler Gewalt durch die islamistische Gruppe Boko Haram, deren Terror seit 2009 rund 20.000 Menschen zum Opfer gefallen seien. Zusätzlich konkurrierten muslimische Nomaden mit mehrheitlich christlichen Bauern um das knapper werdende fruchtbare Land. Immer wieder würden ganze Dörfer durch die Gewalt ausgelöscht.

Gemeinsam für den Frieden

„Natürlich spielt die religiöse Zugehörigkeit in den Auseinandersetzungen eine Rolle“, hob Erzbischof Schick hervor. Doch nicht selten diene die Religion auch dazu, bereits vorhandene Konflikte aufzuladen. Schick wies auf die Notwendigkeit hin, die ökonomische und politische Benachteiligung einzelner Gruppen zu beenden, die grassierende Korruption zu bekämpfen und eine funktionierende Verwaltung aufzubauen. Von Bedeutung seien zudem die Bemühungen um interreligiöse Verständigung. „Das gemeinsame Engagement der Kirche und der lokalen muslimischen Würdenträger für den Frieden hat das Verhältnis zwischen Gläubigen der beiden Religionsgemeinschaften in einigen Regionen entspannt.“

Benachteiligung von Christen im Norden Nigerias

Bischof Matthew Hassan Kukah aus dem nigerianischen Bistum Sokoto erläuterte die Situation vor Ort. Fast alle Grenzen der heutigen 19 Bundesstaaten im Norden Nigerias deckten sich mit denen des alten muslimischen Kalifats von Sokoto (1804 - 1903). 1903 eroberten Briten das Kalifat von Sokoto und setzten auch im Norden Nigerias mit Gewalt den Kolonialstaat durch. 1960 erlangte Nigeria die Unabhängigkeit von Großbritannien, doch das Ende des Kalifats von Sokoto würde bis heute bei vielen Muslimen als Schande betrachtet. Viele Muslime im Norden Nigerias behandelten das Christentum deshalb als Anhängsel des Westens. Sie bevorzugten die Anhänger der eigenen Religion und betrachteten Nichtmuslime als minderwertig und zweitklassig. Christen bekämen kein Land zum Bau von Kirchen und religiösen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Unter den Beschäftigten im mittleren und höheren Staatsdienst seien keine Christen zu finden. In keinem der zwölf nördlichen Bundesstaaten wären Christen in den Parlamenten vertreten. Daher gebe es niemanden, der sich um die Interessen der Christen kümmere. Sie würden auch nicht zum Militär und anderen staatlichen Sicherheitsdiensten zugelassen. Trotz dieser Schwierigkeiten seien Christen weiterhin in der Region aktiv.

Wenn ein Erzbischof und ein Emir gemeinsam handeln

Der Präsident des Internationalen Katholischen Missionswerks Missio in Aachen, Prälat Dr. Klaus Krämer, würdigte die interreligiösen Friedensaktivitäten in den vom islamistischen Terror besonders betroffenen Diözesen Maiduguri und Jos. Schon 2004 sei es in Yelwa zu blutigen Unruhen mit mehreren Hundert Toten gekommen. „Der Erzbischof von Jos, Ignatius Kaigama, griff in dieser Situation zum Telefon und bat den Emir von Wase, als die höchste muslimische Autorität in der Stadt Jos, mit ihm nach Yelwa zu fahren. Der willigte ein. Die beiden religiösen Führer wollten die Gewalt beenden – trotz großer Gefahr für das eigene Leben“, berichtete Krämer. Gemeinsam seien sie vor mehrere Tausend Menschen, Christen wie Muslime, getreten. „Die Atmosphäre war aufgeheizt. Sie baten die Menschen eindringlich, das Morden zu

stoppen. Sie ermahnten sie: Nicht der Islam und auch nicht das Christentum erlauben, im Namen Gottes zu töten.“ Die Menschen hätten tatsächlich auf sie gehört.

Die aktuelle Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz nenne Beispiele dafür, dass auch Jahre später in mittlerweile anderen Situationen der Bedrohung und Bedrängnis immer wieder Menschen in Nigeria bereit seien, sich für Dialog und Versöhnung einzusetzen. Das Internationale Katholische Missionswerk Missio unterstütze Projekte, die den Menschen vor Ort Hilfe böten. Der hungernde, sterbende, kranke, heimatlose, hoffnungslose Mensch stehe dabei im Mittelpunkt, unabhängig von religiöser Zugehörigkeit. Zugleich werde in den Projekten Versöhnungsarbeit betrieben. Es sollen Alternativen zur Gewalt aufgezeigt werden, damit Misstrauen überwunden und die interreligiöse Zusammenarbeit gestärkt werde.

Arbeitshilfe Nigeria

Die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ wurde von den römisch-katholischen deutschen Bischöfen 2003 ins Leben gerufen, um für die Lage bedrohter Christen zu sensibilisieren. Jährlicher Höhepunkt der Initiative ist der Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen am 26. Dezember, dem Stephanustag, der in allen deutschen Diözesen begangen wird. Die Arbeitshilfe „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen – Nigeria“ kann im Internet unter <https://www.dbk-shop.de/de/deutsche-bischofskonferenz/arbeitshilfen/solidaritaet-verfolgten-bedraengten-christen-unserer-zeit-nigeria.html> bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: www.apd.info

IMPRESSUM:

Nachrichtenagentur APD

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 711 44819-14

E-Mail: info@apd.info

Web: www.apd.info

Facebook: /AdventistischerPressedienstDeutschland

Twitter: @apd_info

Radio: www.hopechannel.de/radio/mediathek/serie/ml/apd-schau

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes